

Proteste gegen den gescheiterten Verkauf von Opel (5. November 2009)

Kurzbeschreibung

Angesichts der kritischen finanziellen Lage des US-Autoherstellers General Motors wurden 2008/09 über Monate hinweg mögliche Lösungen diskutiert, wie die Tochterfirma Opel (seit 1929 eine Marke von GM) gerettet werden könnte. In Deutschland standen bei Opel die Arbeitsplätze von etwa 25.000 Beschäftigten in vier Werken – Rüsselsheim (Hessen), Bochum (Nordrhein-Westfalen), Eisenach (Thüringen) und Kaiserslautern (Rheinland-Pfalz) – auf dem Spiel, weswegen sich sowohl die Bundesregierung als auch die Ministerpräsidenten der betroffenen Bundesländer in Sachen Opel engagierten. Für eine Übernahme Opels legten im Mai 2009 mehrere Investoren ihre Konzepte vor, wobei sich ein Konsortium aus dem österreichisch-kanadischen Autozulieferer Magna und der russischen Sberbank als Favorit der Bundesregierung herauskristallisierte. Nach scheinbar erfolgreich verlaufenden Verhandlungen zwischen Magna und GM entschied sich der amerikanische Konzern Anfang November 2009 überraschend für einen Verbleib Opels im GM-Verbund. Im Rahmen eines Sanierungsplanes kündigte GM Europa Ende November 2009 den Abbau von über 5.000 Arbeitsplätzen in Deutschland an. Im Bild: Rainer Sauer von der „Linken“ demonstriert vor dem Bochumer Opel-Werk mit einem Schild „Zum Teufel mit General Motors – Solidarität mit der Opel-Belegschaft“.

Quelle



Quelle: picture-alliance/dpa (c) dpa-Report

Empfohlene Zitation: Proteste gegen den gescheiterten Verkauf von Opel (5. November 2009),
veröffentlicht in: German History in Documents and Images,
<<https://germanhistorydocs.org/de/ein-neues-deutschland-1990-2023/ghdi:image-4152>>
[10.05.2024].